



Newsletter von Dr. Sascha Raabe

Ausgabe 2 / 2013

Pressemitteilung 01.02.2013

SPD setzt zusätzliche Mittel für Krippenausbau durch

Raabe: „Höchste Zeit, die Kommunen zu unterstützen“

Wenige Monate vor Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf einen U3-Krippenplatz am 1. August hat der Bund zugesagt, in den kommenden Jahren 580 Millionen Euro zusätzlich für die Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen. Bundestag und Bundesrat gaben in dieser Woche grünes Licht. Die Bundesregierung entspricht damit einer Forderung der SPD-geführten Länder im Bundesrat. Der Bund beteiligt sich demnach an der Schaffung von zusätzlichen 30.000 Plätzen. Auf Hessen entfallen in diesem und im nächsten Jahr insgesamt rund 44 Millionen Euro. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Sascha Raabe begrüßt die Entscheidung als ersten richtigen Schritt: „Es war höchste Zeit, dass der Bund den Kommunen bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs unter die Arme greift. Die jetzt auf massiven Druck der SPD bereitgestellten Mittel können angesichts des Bedarfs allerdings nur der Anfang sein.“

Erst im Juni 2012, als die Bundesregierung die Zustimmung der SPD-geführten Länder zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpakts benötigte, erklärte sich die Bundesregierung unter Druck bereit, zusätzliche Mittel für den Ausbau zur Ver-

fügung zu stellen. Im Zuge der komplexen Verhandlungen hatte sich die SPD mit ihrer Forderung nach einer stärkeren Beteiligung des Bundes am Kita-Ausbau durchgesetzt. Zwischenzeitlich war das Vorhaben im Bundesrat ins Stocken geraten, weil der Bund Zusagen beim Fiskalpakt gegenüber den Ländern nicht eingehalten hat.

Nun aber hat die Bundesregierung einlenkt. „In letzter Sekunde“, wie Raabe findet. Scharf kritisiert er in diesem Zusammenhang Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, die erst „zum Jagen getragen“ werden musste. Raabe: „Seit drei Jahren haben wir auf den zusätzlichen Ausbaubedarf hingewiesen, Vorschläge gemacht und einen Krippengipfel gefordert. Die Ministerin hat das immer ignoriert und sich bei diesem so wichtigen Thema weggeduckt.“

Wichtig sei nun, so Raabe, dass die Mittel schnell und unbürokratisch fließen können. „Die Kommunen“, findet der SPD-Abgeordnete und frühere Rodenbacher Bürgermeister, „sind schon gebeutelt genug und wurden mit dieser großen Aufgabe zu lange allein gelassen. Bei uns hier in Hessen werden sie jetzt durch das von der Landesregierung geplante sogenannte Kinderförderungsgesetz noch zusätzlich drangsaliert.“



Dr. Sascha Raabe, MdB

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Kontakt:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik
11011 Berlin

Tel: (030) 227 - 73334

Fax: (030) 227 - 76376

Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau

Tel: (06181) 24098



Dadurch werden die Belastungen für die Kommunen bei der Kinderbetreuung noch größer. Die Leidtragenden sind am Ende die Eltern und Kinder. Jetzt ist schnelles Handeln gefordert.

Kita-Plätze dürfen nicht zu Luxusartikeln für Besserverdienende werden. Ein weiteres Ansteigen von Kita-Gebühren muss dringend verhindert werden.“ Er sei daher froh, dass seine Partei mit den jetzt bereitgestellten Bundesmitteln we-

nigstens eine kleine Entlastung habe durchsetzen können, erklärt Raabe. Er hätte sich mehr gewünscht und werde sich weiter dafür einsetzen. „Aber“, so Raabe abschließend, „Schwarz-Gelb gibt ja lieber zwei Milliarden Euro für ein total unsinniges Betreuungsgeld aus, anstatt sie in den notwendigen Krippenausbau und für mehr qualifiziertes Personal zu stecken.“

Pressemitteilung 30.01.2013

Finger weg vom Arbeitnehmerdatenschutz Koalition macht Rückzieher - Entscheidung vertagt

Nach massiven Protesten von Gewerkschaften, Datenschutzbeauftragten und der Opposition hat die schwarz-gelbe Regierungskoalition ihre Pläne für ein neues Beschäftigtendatenschutzgesetz vorerst auf Eis gelegt. Die Abstimmung über das umstrittene Gesetzesvorhaben, die ursprünglich an diesem Freitag im Bundestag stattfinden sollte, wurde von der Tagesordnung genommen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete für den Main-Kinzig-Kreis Dr. Sascha Raabe begrüßte die Entscheidung: „Besser erst mal kein Gesetz, als so ein Murks-Gesetz. Der vorliegende Entwurf gehört in den Papierkorb. Jetzt muss die Koalition sich mit uns und den Arbeitnehmervertretern an einen Tisch setzen und ernsthaft nachverhandeln. Dabei ist oberstes Gebot: Finger weg von Einschränkungen beim Arbeitnehmerdatenschutz!“.

Ursprünglich hatte die Koalition Neuregelungen unter anderem für die Videoüberwachung am Arbeitsplatz sowie zur Erhebung von Gesundheitsdaten von Beschäftigten geplant. Auch Call-

center-Mitarbeiter sollten künftig schärfer überwacht werden können.

Gegen die Pläne hatte es erheblichen Widerstand gegeben. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hatte gegen das Vorhaben eigens eine Aktion im Internet gestartet. Raabe: „Die Bundesregierung hatte ihre Pläne zwar als Beschäftigtendatenschutzgesetz deklariert, mit dem Schutz von Arbeitnehmerrechten hatte das aber rein gar nichts zu tun. Im Gegenteil: Das Gesetz hätte die Überwachungsmöglichkeiten des Arbeitgebers ausgeweitet und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgehöhlt.“

Er sei froh, erklärte Raabe, dass die Proteste offenbar Wirkung erzielt hätten. Er selbst habe zahlreiche Schreiben von empörten Bürgern erhalten, die die Regierungspläne kritisiert und ihn um Unterstützung gebeten hätten. „Arbeitnehmerrechte sind in Deutschland ein hohes Gut, für das es sich zu kämpfen lohnt. Das hat die Koalition ganz offenbar unterschätzt“, so Raabe.



Dr. Sascha Raabe,
MdB

Sprecher der SPD-
Bundestagsfraktion
für wirtschaftliche

Kontakt:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334
Fax: (030) 227 - 76376
Email: sascha.raabe@bundestag.d

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756



Pressemitteilung vom 29.01.2013

Raabe trifft Bill Gates **Gemeinsames Ziel: Kampf gegen Hunger und Armut**

Seit Jahren verbindet sie ein gemeinsames Ziel: Der Kampf gegen Hunger und Armut in der Welt. Am Montag haben sich der



SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Sascha Raabe und der Software-Milliardär Bill Gates zum wiederholten Male in Berlin getroffen, um über aktuelle entwicklungspolitische Fragen zu beraten. Gates hält sich derzeit zu Gesprächen in der Hauptstadt auf und hatte auch SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und Parteichef Sigmar Gabriel über die Arbeit seiner Stiftung informiert. Die Bill & Melinda Gates Foundation ist mit einem Stiftungskapital von insgesamt 36 Milliarden US-Dollar die größte Privatstiftung der Welt. Raabe, entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, dankte Gates für dessen Engagement: „Das, was Sie finanziell und persönlich leisten, ist wirklich beeindruckend. Es ist ja keineswegs selbstverständlich, dass

jemand sein Vermögen so in den Dienst der guten Sache stellt.“

Seit Gründung der Stiftung Mitte der 90er Jahre sind bislang etwa 25 Milliarden US-Dollar direkt in Projekte insbesondere in Afrika geflossen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf Impfprogrammen für Kinder und Frauen und der Bekämpfung von Krankheiten wie Aids, Malaria und Tuberkulose. Raabe lobt die private Initiative, warnt aber gleichzeitig vor überzogenen Erwartungen: „Natürlich ist es großartig, wenn sich ein Mann wie Bill Gates in dieser Art und Weise einbringt und sein Geld sinnvoll einsetzt. Das entlässt aber die staatliche Entwicklungszusammenarbeit nicht aus der Verantwortung. Und da hapert es leider. Der Unterschied ist: Bill Gates hält seine Zusagen, die Bundesregierung nicht.“

Die, so Raabe, habe in den letzten Jahren nichts dafür getan, dass Deutschland das versprochene Ziel, bis zum Jahr 2015 einen Anteil von 0,7 Prozent am Bruttonationaleinkommen für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, noch erreichen könne. „Versprochen, gebrochen – auf Kosten der Ärmsten“, lautet Raabes bitteres Fazit. Und auch Microsoft-Gründer Gates mahnte mehr staatliche Mittel für



Dr. Sascha Raabe,
MdB

Sprecher der SPD-
Bundestagsfraktion
für wirtschaftliche

Kontakt:
Deutscher Bundestag

Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334
Fax: (030) 227 - 76376
Email:
sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756



Entwicklungsprojekte an Länder wie Deutschland stünden besonders in der Pflicht. Raabes Forderung nach Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die als „Steuer gegen Armut“ genutzt werden sollte, unterstützte Gates ausdrücklich. Er versprach, für die Idee auch bei der amerikanischen Regierung zu werben.

Politgezwoitscher vom 29.01.2013 GNZ

Wie Gates?

Am Montag hatte ich das Vergnügen den Microsoft-Gründer und Multimilliardär Bill Gates in Berlin zu treffen. Ich sage ausdrücklich „Vergnügen“, denn das sind die Gespräche mit Gates in der Tat. Bereits im Jahr 2010 als ich mit ihm das erste Mal über seine Stiftung und sein entwicklungspolitisches Engagement sprach, war ich positiv überrascht, wie bodenständig und bescheiden sein Auftreten ist. Er ist im Umgang ein sehr freundlicher Typ, der gleichzeitig mit großer Sachkenntnis zu überzeugen weiß. Besonders bemerkenswert finde ich, dass Bill Gates nicht nur den Großteil seines Vermögens für den Kampf gegen Hunger und Armut einsetzt, sondern auch seine persönliche Arbeitszeit für dieses Ziel zur Verfügung stellt. Die Stiftung, die er gemeinsam mit seiner Frau gegründet hat, unterstützt Millionen Menschen in den ärmsten Ländern der Welt und fördert z.B. Impfprogramme und Bildungsprojekte für Kinder in Entwicklungsländern. Die Botschaft von Gates in Berlin war klar: Die weltweite Überwindung von Hunger und Armut ist die wichtigste Zukunftsaufgabe der Menschheit angesichts einer drastisch ansteigenden

Weltbevölkerung. Und dieser Kampf kann gewonnen werden, denn es sind dank guter Entwicklungsprojekte bereits große Erfolge erzielt worden.

* * * *

Privates Engagement von großen Spendern wie Bill Gates ist zweifellos ein gute Sache, aber es ist nur eine Seite der Medaille. Zualererst sind die Regierungen der Industrieländer gefordert, ihre Zusagen bei der Bekämpfung von Hunger und Armut einzuhalten. Dafür brauchen sie Geld, und ein Weg, dieses Geld einzunehmen, wäre die Einführung einer Finanztransaktionssteuer als Steuer gegen Armut und für mehr Verteilungsgerechtigkeit. Schon lange fordere ich das, um insbesondere den Finanzsektor und die Spekulanten an den Kosten der Armutsbekämpfung zu beteiligen. Auch Gates war von dieser Idee sehr ange-

tan. Bislang sind die USA, was das angeht, leider noch ziemlich zurückhaltend. Gates aber hat meine Anregung aufgenommen und versprochen, für die Einführung einer solchen Steuer bei Obama persönlich die Werbetrommel zu rühren.

* * * *



Dr. Sascha Raabe,
MdB

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für wirtschaftliche

Kontakt:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334
Fax: (030) 227 - 76376
Email:

Wahlkreisbüro
Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756



In dieser Woche hatten wir in unserer hessischen SPD-Landesgruppe Thorsten Schäfer-Gümbel zu Gast. Grund seines Besuchs waren natürlich die Vorbereitungen für die in diesem Jahr zeitgleich anstehenden Wahlen im Bund und im Land. Das wird im September ein spannender Wahlsonntag werden. Noch zumal, nachdem die Niedersachsen-Wahl klar gemacht hat, dass rot-grün gute Chancen hat – sowohl in Berlin, als auch in Wiesbaden. Hannover gibt Rückenwind. So tagt an diesem Freitag der Bundesrat das letzte Mal mit alten Mehrheiten. Beginnend mit der nächsten Sitzung am 1. März, wenn sich auch in Niedersachsen eine rot-grüne Regierung konstituiert hat, haben wir bis mindestens 2016 eine Mehrheit auf Länderebene. Und wir werden dafür kämpfen, dass das ab September auch für den Bundestag gilt.

* * * *

Viele durchaus launige Reden sind bei der gemeinsamen Parlaments-sitzung von Bundestag und französischer Nationalversammlung anlässlich des 50. Jahrestages des Elyséevertrages gehalten worden. Es herrschte trotz des hochoffiziellen Anlasses eine recht lockere Stimmung. Ein Zeichen dafür, dass hier wirklich Freunde zusammen saßen. Und so wurden auch einige Anekdoten ausgeplaudert. Frank-Walter Steinmeier etwa berichtete davon, wie er als junger Mann einst in seinem ersten Frankreichurlaub unterwegs war – mit dem legendären 2CV, besser bekannt als Ente, mit langen Haaren und reichlich französischem Rotwein. Die Ente hat er nicht mehr, die Haare sind kurz, aber der Rotwein ist geblieben.



**Dr. Sascha Raabe,
MdB**

Sprecher der SPD-
Bundestagsfraktion
für wirtschaftliche

**Kontakt:
Deutscher Bundestag**

Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334
Fax: (030) 227 - 76376
Email: sascha.raabe@bundestag

Bericht aus Berlin 29.01.13 Gelnhäuser Tageblatt

Selbst im sonst so hektischen Berliner Politikbetrieb gibt es sie, die stillen Momente. An diesem Mittwoch, als der Bundestag in einer Feierstunde der Opfer des Nationalsozialismus gedacht hat, war so ein Moment des Innehaltens. Eigentlich fällt der Gedenktag auf den 27. Januar, da das aber in diesem Jahr ein Sonntag war, hat der Bundestag die Gedenkveranstaltung am Mittwoch nachgeholt, die somit auf den Tag fiel, an dem sich auch die Machtergreifung Hitlers am 30. Januar 1933 zum 80sten Mal jährte. Ein doppelt historisches Datum also.

Gastrednerin in diesem Jahr war

die deutsch-israelische Schriftstellerin Inge Deutschkron. Sie überlebte den Holocaust im Berliner Untergrund und engagiert sich bis heute für Demokratie und Menschenrechte. In ihrer Rede, die mich sehr bewegt hat, hat sie uns ihre Lebensgeschichte geschildert. Sie sprach darüber, wie sie als zehnjähriges Mädchen die Machtübernahme der Nazis erlebt hat. Sie berichtete uns von den ersten Anfeindungen auf der Straße, die sie nicht verstanden hat, weil sie damals noch gar nicht gewusst habe, was eine Jüdin ist und warum sie anders als die anderen sein soll-

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756



te. Sie erzählte davon, wie Menschen sie plötzlich mieden, wenn sie ihren gelben Stern bemerkten, wie auch die Übergriffe immer mehr wurden.

Nichts ist beeindruckender als solche Berichte von Zeitzeugen, die die Erinnerung an die noch immer unfassbaren Geschehnisse wach halten. Mir hat die Rede jedenfalls noch einmal sehr deutlich vor Augen geführt, dass wir auch heute immer wachsam bleiben müssen, wenn es um Antisemitismus, Volksverhetzung und braunes Gedankengut geht. Wehret den Anfängen – das ist nicht ein Schlagwort, das ist eine Aufforderung an uns alle.

Das beste Rezept dafür ist das Erinnern. Und da die Zeitzeugen immer weniger werden, ist es nun an uns, ihre Erinnerungsarbeit fortzusetzen. Die Stolpersteine in Gelnhausen sind ein gutes Beispiel da-

für. Das ist eine wirklich tolle Initiative, die uns immer wieder klar macht, dass die Opfer mitten unter uns gelebt haben, Menschen aus der unmittelbaren Nachbarschaft waren, die mit uns im Alltag friedlich zusammengelebt haben.

Die Erfahrung zeigt, dass Demokratie, Menschenrechte und Freiheit zerbrechliche Güter sind. Wir wollen sie verteidigen und uns gegen jene wehren, die diese Güter in Frage stellen. Wir wollen uns wehren gegen Gewalt und Rassismus. Ich halte es daher auch für richtig, dass wir uns als wehrhafte Demokratie beweisen und ein Verbot der NPD anstreben, einer Partei, die mit Steuergeldern Rassismus und Antisemitismus verbreitet. Es ist das Mindeste, was wir tun können. Wir sind es Menschen wie Inge Deutschkron schuldig.



Dr. Sascha Raabe, MdB
Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Bürgermeister a.D.

Kontakt:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334
Fax: (030) 227 - 76376
Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756

